

Herr Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation, meine Herren!

Dies ist meine Erklärung zur Überprüfung des Vorliegens von Anzeichen eines Verbrechens, vorgesehen in Artikel 354 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation. Ich, Muratow Dmitri Andrejewitsch, reiche eine Erklärung ein im Zusammenhang mit öffentlichen Äußerungen einer Reihe von Amtsträgern und Medienpersönlichkeiten, die meiner Meinung nach Anzeichen für öffentliche Aufrufe zur Entfesselung eines Angriffskrieges unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen enthalten.

Zugrundeliegende Tatsachen

In dem Zeitraum von 2022 bis Juni 2026 haben mehrere Personen in Staatsämtern öffentliche Erklärungen abgegeben, die meiner Meinung nach Aufrufe zum Einsatz von Atomwaffen enthalten.

Insbesondere

Knutow, Jurij Nikolajewitsch, Direktor des Museums für Luft- und Flugabwehr, Militärexperte. Am 8. Juni dieses Jahres, 2026, veröffentlichte die Rossijskaja Gazeta, eine offizielle Publikation der russischen Regierung, die offizieller Herausgeber von Rechtsvorschriften ist, einen Artikel von Knutow mit dem Titel "Die russischen Streitkräfte haben Waffen, die in der Lage sind, die Verteidigung des Feindes zu zermalmen". In dem Artikel erklärte Knutow: "Ich bin der Meinung, dass wir uns dem Zeitpunkt nähern, an dem die Frage nach dem Einsatz taktischer Atomwaffen auf dem Schlachtfeld aufgeworfen wird." Es müssen nicht unbedingt 10 Kilotonnen schwere Raketen sein. Wir haben auch 152-mm-Granaten mit Spezialausrüstung, also Ladungen mit geringer Leistung. Sie sollten unseren Durchbruch in Schlüsselbereichen sicherstellen.

Medwedew, Dmitri Anatoljewitsch, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates. Am 20. Juni 2026 erklärte der Beamte Dmitri Anatoljewitsch Medwedew in einer Veröffentlichung auf der MaX-Plattform, dass die Haager Konventionen über die Gesetze und Gebräuche des Krieges ihre Relevanz verloren hätten. In derselben Veröffentlichung wird die Zulässigkeit des Einsatzes von Atomwaffen gegen Mitgliedstaaten der NATO und der Vereinten Nationen veranschaulicht, wobei er folgende Ausdrücke verwendete. Im Falle eines Krieges mit irgendwelchen holländischen Rotzlöffeln, werden solche (Lager für Kriegsgefangene) nicht benötigt. Radioaktive Knochen und Asche werden normalerweise tief in der Erde vergraben.

Wir haben es hier mit einer öffentlichen Leugnung der Anwendbarkeit des Völkerrechts in Verbindung mit der Zulässigkeit des Einsatzes von Atomwaffen zu tun. Und diese

Meinung des stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Russischen Föderation bedarf einer rechtlichen Bewertung.

Malofeev, Konstantin Valerievich, Gründer und Gesellschafter des Fernsehsenders Tsargrad. Hier gibt es mehrere Episoden, ich werde eine zitieren. Am 3. Juli dieses Jahres 2026 charakterisierte Malofeev im Rahmen einer offiziellen Podiumsdiskussion auf dem Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum den Einsatz von Atomwaffen gegen die Ukraine als ein gutes Szenario für Russland. Er hat wörtlich verlautbart: „Wir halten den Einsatz von Atomwaffen nicht für ein Trägheitsszenario Wir halten ihn für gut.“

Kadyrow, Ramsan Achmatowitsch erklärte außerdem, dass man drastischere Maßnahmen ergreifen müsse, bis hin zur Ausrufung des Kriegsrechts in den Grenzgebieten und dem Einsatz von Atomwaffen mit geringer Sprengkraft.

Rechtliche Qualifizierung

Artikel 354 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation sieht eine strafrechtliche Verantwortung für öffentliche Aufrufe zur Entfesselung eines Angriffskrieges vor. Teil 2 desselben Artikels sieht eine erhöhte Verantwortung vor, falls solche Handlungen von einer Person begangen werden, die ein öffentliches Amt bekleidet oder unter Verwendung von Massenmedien. Der Einsatz von Atomwaffen im Rahmen eines Angriffskrieges stellt eine der schwersten Formen der bewaffneten Aggression im Sinne von Artikel 353 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation dar.

Petitionsteil

Auf der Grundlage der Artikel 140, 141, 144 der Strafprozessordnung der Russischen Föderation, bitte ich um die Überprüfung der dargelegten Fakten in der im Artikel 144 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Weise durchzuführen und zu veranlassen, nach den Ergebnissen der Überprüfung eine Verfahrensentscheidung zu treffen über die Einleitung eines Strafverfahrens oder die Ablehnung seiner Einleitung unter obligatorischer Angabe der Gründe für das eine und das andere.

Ich bitte Sie, mich in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise über die getroffene Entscheidung zu informieren.

Muratow, Dmitri, Bürger.